

Studiengebühren:



Sparkurs für Spitäler

Die „Steirische Gesundheitsplattform“ – sie steuert die medizinische Versorgung in der Steiermark – fasste Ende Jänner einen folgenreichen Beschluss: Krankenhäuser, die über dem Österreich-Schnitt Patienten aufnehmen, bekommen weniger Geld.

Im Klartext bedeutet das, dass die Spitalerhalter in Zukunft vermehrt betriebswirtschaftlichen Druck auf Ärzte ausüben werden, weniger Patienten in die Spitäler einzuweisen. Letztlich wird der Sparkurs am Rücken der Patientinnen und Patienten ausgetragen. Gegen diesen unseligen Beschluss haben lediglich die beiden KAGES-Vorstände Ernst Hecke und Christian Kehrer gestimmt. Die Gesundheitsplattform

besteht aus 21 stimmberechtigten Mitgliedern. Neben den KAGES-Vorständen sitzen unter anderem der zuständige Landesrat Helmut Hirt (SPÖ), fünf von der Landesregierung, also von SPÖ und ÖVP, entsandte Vertreter und vier von der Gebietskrankenkasse delegierte Vertreterinnen und Vertreter in der Gesundheitsplattform. Für die SPÖ gehören der Plattform unter anderem die Landtagsabgeordneten

KOMMENTAR

Kein Sparen am Rücken der Patienten!

Von KPÖ-LAbg. Werner Murgg



Die steirischen Spitäler nehmen angeblich zu leichtfertig Patienten auf. Dafür sollen sie nun finanziell bestraft werden. Das hat die Gesundheitsplattform unlängst beschlossen. Krankenhäusern, die über dem Österreich-Schnitt Patienten aufnehmen, sollen die Mittel gekürzt werden. Vom zuständigen SPÖ-Landesrat Helmut Hirt war dazu folgendes zu vernehmen: „Wir können uns nicht mehr leisten, in Luxus zu schwelgen!“ Eine Aussage, die zur persönlichen Erfahrung der steirischen Spitalspatientinnen und -patienten in krassm Widerspruch steht. Betten am Gang, oft lange Wartezeiten bis man einen Operationstermin bekommt oder das Auflassen ganzer Abteilungen an verschiedenen Landeskrankenhäusern, kann kaum als Luxus bezeichnet werden. Klar ist, dass ein gut funktionierendes Spitalswesen seinen Preis hat. Im angeblich siebentreichsten Land der Welt sollte das kein Thema sein! Trotzdem soll, geht es nach dem Willen der Landesregierung, jetzt am Rücken der Patienten gespart werden. Man braucht kaum Prophet zu sein, um vorherzusagen,

dass auf Grund dieses Beschlusses die Spitalerhalter vermehrt betriebswirtschaftlichen Druck auf die Ärzte ausüben werden, Patienten in Zweifelsfällen nicht ins Spital einzuweisen. Wenn die Ärztevertreter nun vor diesem Druck auf die Ärzteschaft warnen, bleibt die Frage, warum sie in der Gesundheitsplattform nicht gegen diesen Beschluss gestimmt haben. Dort sind die beiden Ärztevertreter umgefallen. Mir ist völlig unverständlich, daß auch die Vertreterin der Patientenombudschaft dieser Sparmaßnahme zugestimmt hat. Gerade sie sollte einzig und allein dem Interesse der Patientinnen und Patienten verpflichtet sein und nicht irgendwelchen abstrakten Spargedanken! Aber auch die Vertreter von SPÖ und ÖVP in der Plattform, die Landtagsabgeordneten Johann Bacher (ÖVP) und Ursula Lackner und Barbara Gross (SPÖ) werden sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, in einer entscheidenden Frage vor betriebswirtschaftlichem Druck in die Knie gegangen zu sein, statt für eine ausreichende Budgetierung unserer Spitäler zu kämpfen!

Ursula Lackner und Barbara Gross, für die ÖVP der Abgeordnete Johann Bacher an. Auch die Ärztekammer ist mit zwei Mitgliedern vertreten, die Patienten- und Pflegeombudschaft mit einem Mitglied. Die nicht in der Landesregierung vertretenen Parteien, KPÖ und Grüne, stellen kein stimmberechtigtes Mitglied. Harald Gaugg, der Geschäftsführer der Gesundheitsplattform, will mit dieser Maßnahme vermeint-

liche Fehlentwicklungen korrigieren. „Wir sind Spitze bei den Aufnahmen und haben auch zu viele Spitalsbetten“, wird Gaugg in der Kleinen Zeitung zitiert. Herwig Lindner, der Spitalsärztevertreter in der Plattform, warnt zwar vor betriebswirtschaftlichem Druck auf Ärzte – den Sparmaßnahmen hat er trotzdem zugestimmt. Ebenso zugestimmt hat Josef Pessler, seines Zeichens Gewerkschafter und Obmann der GKK.